

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepalte Petitzelle.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Ledervereinigung und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 13 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bruden-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 30. März 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Unser Verband während der Kriegszeit. — Die Gewerkschaftsleistungen im Kriegsernährungsamt und Kriegsamt. — Die Gewerkschaftsvorkände zur Ernährungsfrage. — Die Schraube ohne Ende. — Bericht der 27. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausrüstungsgewerbe. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe Oberfeld-Barmen. — Aus dem Kriegsausfluß für Groß-Berlin. — Die nächste Sitzung des Zentralratparlamentes für das Lederausrüstungsgewerbe. — Korrespondenzen. — Soziales Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 1. bis 7. April 1917 ist der 14. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbande gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Unser Verband während der Kriegezeit.

Im Vorjahre hatten wir bei der Besprechung des Geschäftsberichtes für 1915 der Hoffnung Ausdruck gegeben, in Zukunft über einen Zeitraum berichten zu können, der sich nicht wieder auf ein volles Kriegsjahr erstreckt. Leider haben wir uns getäuscht, so daß wir kaum zu hoffen wagen, der nächstfolgende Bericht möge unter einem besseren Stern erstattet werden können.

Die Verbandsleitung hat auch in Friedenszeiten davon abgesehen, alljährlich einen Tätigkeitsbericht in größerem Umfang zu veröffentlichen, vielmehr beschränkte sie sich darauf, die nackten Zahlen zu den Mitgliedern sprechen zu lassen, die ja dem, der sie zu lesen versteht, unter Zuhilfenahme seines Gedächtnisses und des Verbandsorgans über vieles Interessante und Wissenswertes Aufschluß gibt. Auch diesmal ist der Vorstand von seiner Gepflogenheit nicht abgegangen. Auf vier Seiten kleines Format sind die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1916 sowie die Mitgliederbewegung und eine Uebersicht über die Kriegszeit bis zum 31. Dezember 1916 zusammengestellt. An dieser Stelle wollen wir nun einige Erläuterungen dazu geben, damit auch jedes Mitglied und die Öffentlichkeit Einblick in die innere Gestaltung des Verbandes und seine Finanzgebarung erhält. Doch das ist die bei weitem kleinste Tätigkeit unserer Gewerkschaften. Ihre Hauptaufgabe ist die Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Wahrung sozialpolitischer Rechte der Gesamtcollegenschaft. Wenn auch nicht in der Form wie in Friedenszeiten, so doch im Ausmaß der Kriegsverhältnisse ist alles geschehen, was unter diesen Umständen für die Collegenschaft getan werden konnte. Ob und was mehr hätte geschehen können, bleibt der Kritik der Mitglieder vorbehalten, die, gerecht geübt, ein Ansporn für die weitere Tätigkeit sein soll. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir nur an die Durchführung des Reichstarifs für das Lederausrüstungsgewerbe, an die vertraglich bindenden Lohnerhöhungen auch in der Flug-

zeug-, Ledervereinigung- und Reiseartikelindustrie. Der Bestand an Tarifverträgen ist durch Erneuerungen bzw. Verlängerungen auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen gewahrt worden. Wenn auch — mit Ausnahme in der Herstellung von Lederausrüstungen — der Geschäftsgang in den anderen Zweigen hinter den Friedensjahren zurückgeblieben ist, so waren unsere Mitglieder doch von nennenswerter Arbeitslosigkeit verschont. Eher kann von einem Arbeitermangel gesprochen werden, der durch Ueberstunden und Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte möglichst ausgeglichen worden ist. In allen Zweigen der in unserem Verbandszusammengefaßten Berufe hat sich die Anzahl der Beschäftigten vervielfacht, was auf die umfangreiche Rüstungsindustrie zurückzuführen ist. Leider stehen die Ziffern der Organisationsangehörigen damit in keinem Einklang. Es hat den Anschein, als ob die aus anderen Berufen Herangezogenen die Mitgliedschaft zu unserem Verbands für überflüssig halten, weil sie ja doch in den Genuß der gewerkschaftlichen Erfolge kommen. Andererseits steht ein großer Teil unserer Funktionäre unter den Fahnen, wodurch die systematische Agitation starke Einbuße erleidet. Dazu kommt noch die Verbitterung wegen der ungenügenden Lebensmittelfürsorge, die fälschlicherweise auf die Gewerkschaften übertragen wird. Unter den Kriegsumständen ist es schwieriger denn je, aufklärend an die Unorganisierten heranzukommen. Die Verbandszeitung wird selten von ihnen gelesen, in Versammlungen, soweit solche überhaupt abgehalten werden können, glänzen sie durch Abwesenheit. Nur dort, wo die Werkstattdarstellungen auf dem Posten sind und es sich angelegen sein lassen, den Verband jederzeit schlagfertig zu erhalten, konnten auch unter den schwierigen Verhältnissen Neuaufnahmen erzielt werden.

Insgesamt wurden im Jahre 1916 4378 Mitglieder, darunter 1433 weibliche, neu aufgenommen. Im Jahre 1915 waren es 12 206 Mitglieder, darunter 2566 weibliche. Durch Austritt und Ausschluß gingen wieder 2230 männliche und 1197 weibliche Mitglieder verloren, wozu noch 2393 Mitglieder kommen, die zum Militär eingezogen wurden. Am Jahres-schluß wurden 6359 männliche und 1772 weibliche Mitglieder gemustert, das sind gegenüber am Schluß des Vorjahres 2678 männliche weniger und 236 weibliche Mitglieder mehr, so daß der Verlust 23,1 v. S. beträgt. Bis zum 31. Dezember 1916 waren insgesamt 11 385 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen. Es ist sicher anzunehmen, daß unsere Feldgrauen bei all ihren Strapazen sich mit Freuden ihrer Verbandszugehörigkeit erinnern und nach ihrer siegreichen Heimkehr den Weg zu ihrer Gewerkschaft zurückfinden werden. Hoffen wir, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr allzufern ist und mit erneuten Kräften unsere praktischen Ideale verwirklicht werden können.

Unter dem Einfluß der verminderten Mitgliederzahl und der gegen das Vorjahr zurückgebliebenen Neuaufnahmen hat sich auch die Finanzgebarung unseres Verbandes gestaltet.

Die Gesamteinnahme mit 256 080,18 Mk. ist mit 127 545,26 Mk. gegenüber der des Vorjahres zurückgeblieben. Eingegangen sind die Ausgaben um 4460,12 Mk. auf 176 831,36 Mk. gestiegen. Das Vermögen der Hauptkasse hat um 78 987,29 = 12,8 v. S. zugenommen. Im Vorjahre waren es allerdings 211 282,76 = 52,1 vom Hundert.

Die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern sind von 5373,50 Mk. im Jahre 1915 auf 1830,75 Mark im Berichtsjahre zurückgegangen. Die Beitragsleistung der männlichen Mitglieder blieb mit 179 050,85 Mk. gegenüber 282 839,75 Mark des Vorjahres, also um 103 788,90 Mk. zurück; die der weiblichen stieg von 19 899,50 Mark auf 21 384,05 Mk. oder um 1484,55 Mk. Pro Kopf des Mitgliedes betrug die Beitragsleistung in den Jahren 1914: 22,01 Mk., 1915: 21,81 Mk., 1916: 21,47 Mk. Zum guten Teil ist die niedrigere Pro-Kopf-Leistung durch die erhöhte Zahl weiblicher Mitglieder veranlaßt, wenn auch nicht vergessen sein darf, daß die Zahl der Restanten den Einnahmeposten wesentlich beeinflusst. Mit dem Juni 1916 wurde auch die Erhebung der monatlichen Extrabeiträge eingestellt. Hier wurden vereinnahmt 24 124,40 Mark, im Vorjahre 51 213,50 Mk., so daß dieser Fonds insgesamt 75 337,90 Mk. einbrachte, der aber schon bis zu einem winzigen Bruchteil an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer verausgabt worden ist. Die Nettoeinnahmen der Hauptkasse, auf den Kopf der Mitglieder berechnet, betragen im Jahre 1913: 35,47 Mk., 1914: 23,92 Mk., 1915: 27,63 Mk. und 1916: 27,43 Mk.

Wie sich die Ausgabenposten gestalteten, zeigt umstehende Uebersicht.

Ein Vergleich der einzelnen Ausgabenposten in den beiden vollen Kriegsjahren mit denen des Jahres 1914 beweist, daß neben den geübten Ersparnissen an Verwaltungsausgaben die Ueberschüsse nur durch verringerte Erwerbslosen- und Streifenunterstützung ermöglicht werden konnten. Es steht außer allem Zweifel, daß nach Friedensschluß an den Verband höhere Anforderungen wie vor dem Kriege gestellt werden. Dabei dürfte sich bald erweisen, daß mit den bisherigen Einnahmen, die sich ja doch in der Hauptsache aus den regelmäßigen Beiträgen rekrutieren, nicht auszukommen ist.

Am 1. Januar 1917 verfügte der Verband über ein Vermögen von 693 776 Mk. in der Hauptkasse und 224 471,28 Mk. in den Lokalkassen:

Seit Kriegsbeginn wurden neu aufgenommen 16 774 männliche, 4325 weibliche Mitglieder. Durch Austritt und Ausschluß gingen wieder 12 526 männliche und 3553 weibliche Mitglieder

	1916		1915		1914	
	Mrk.	pro Kopf der Mitglieder Mrk.	Mrk.	pro Kopf der Mitglieder Mrk.	Mrk.	pro Kopf der Mitglieder Mrk.
Agitation	16 346,33	1,76	18 078,71	1,30	17 259,78	1,26
Verbandszeitung	17 316,42	1,86	17 619,68	1,27	22 283,35	1,63
Vertikale Verwaltung	44 251,87	4,76	59 794,82	4,31	59 382,33	4,33
Hauptkassenverwaltung:						
a) sächliche	5 121,54	0,55	7 763,03	0,56	8 207,49	0,60
b) persönliche	8 958,11	0,96	8 906,66	0,64	8 108,55	0,59
Streiks und Lohnbewegungen	1 036,39	0,11	2 549,37	0,18	35 760,41	2,61
Gemäßregeltemunterstützung	15,—	0,01	242,16	0,02	1 544,16	0,11
Erwerbslosenunterstützung	30 258,95	3,25	20 309,75	1,46	218 684,17	15,60
Sonstige Unterstützungen	48 281,87	5,19	27 015,82	1,95	7 401,68	0,54
Konferenzen	1 005,10	0,11	492,90	0,04	1 415,40	0,10
Sonstige Ausgaben	4 240,78	0,45	9 598,34	0,69	5 284,70	0,39
Insgesamt	176 831,36	19,01	172 371,24	12,42	380 332,12	27,76

verloren. 11 385 Mitglieder wurden unter die Fahnen gerufen.

Mähere Beachtung verdienen auch die im Rechenschaftsbericht veröffentlichten Angaben über die während der Kriegszeit ausgezahlten Unterstützungsgelder aus der Hauptkasse und den Lokalkassen, wobei viele Tausende von Mark aus örtlich gesammelten Geldern nicht mit erfasst worden sind. Nachweislich wurden in den 2 1/2 Kriegsjahren 539 915 Mk. an Unterstützungen gezahlt, jedoch dürften insgesamt 600 000 Mk. für diesen Zweck verausgabt worden sein. Soweit Berichte vorliegen, gelangten zur Auszahlung an:

- Reisende 1938 Mk.;
- Arbeitslose 183 924 Mk.;
- Kranke 42 521 Mk.;
- Beerdigungsbeihilfe 10 073 Mk.;
- Rechtsschutz 410 Mk.;
- Umzugsbeihilfe 2349 Mk.;
- Notfallunterstützung 26 537 Mk.;
- Familienunterstützung 271 605 Mk.;
- Gemäßregeltemunterstützung 558 Mk.

Wenn auch in Anbetracht des Beschäftigungsgrades in unseren Berufen der Mitgliederstand ein besserer sein könnte, so liegt zu irgend welchen Besorgnissen für die Zukunft auch nicht der geringste Anlaß vor. Im Gegenteil, der alte Stamm ist treu geblieben; der Wechsel betrifft zum übergrößten Teil die erst während der Kriegszeit in den Beruf gekommenen. Der Reichstarif hat uns Anknüpfungspunkte in bislang uns verschlossenen Gebieten geschaffen. Dies Neuland zu bearbeiten, hier zu werben und eingeführte Verbesserungen hochzulhalten ist eine Aufgabe, die uns für die Zukunft die besten Früchte reifen läßt. Soweit die einzelnen Verwaltungsstellen Berichte vom Jahre 1916 einfinden, finden wir unsere Hoffnungen vollumfänglich bestätigt, und so scheint es, als haben wir den toten Punkt bereits überwunden. Es geht wieder vorwärts und aufwärts.

Die Gewerkschaftseingaben im Kriegs- ernährungsamt und Kriegsamt.

Am 13. März besprachen sich Vertreter des Kriegsernährungsamts, des Kriegsamts und des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit den Gewerkschaftsvertretern wegen ihren Eingaben zur Ernährungsfrage.

Herr Umbreit (Generalkommission) begründete die Eingaben in längeren Ausführungen und erinnert besonders die Landeszentralbehörden daran, daß es um Sein oder Nichtsein des Reiches gehe. Die mangelnde Erfassung der Lebensmittel durch die Behörden steigere die Gefahr der Verfühlung ins Ungewöhnliche. Nicht minder wichtig als die Stimmung der Erzeuger von Lebensmitteln sei die Stimmung der Verbraucher, besonders der Arbeitermassen als Erzeuger anderer ebenso wichtiger Verteidigungsmittel. Die Arbeiter fordern gleiche Rationierung für Stadt und Land und eine Verminderung der Spannung zwischen den Erzeuger- und Verbraucherpreisen durch Festsetzungen von Höchstpreisen.

Herr v. Batocki erwiderte, daß die Rationierung, soweit es sich um Lebensmittel handelt, deren Regelung das Reich übernehmen habe, für alle gleich sei. Der Schleichhandel sei bedauerlich, werde aber überhört. Die Erfassung seiner Mengen werde die allgemeine Rationierung noch nicht um 1 Prozent verbessern.

General Gröner erklärte, daß das Kriegsamt bereits in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt und jederzeit zu dessen Verfügung stehe, ebenso

auf Ersuchen des preussischen Staatskommissars für Ernährung bereit sei, alle Maßnahmen dieser Stelle zur Erfassung von Lebensmitteln zu unterstützen.

Der preussische Staatskommissar Dr. Michaeleis erläuterte die Gründe, die zur Schaffung seines Amtes geführt haben. Sie liegen im wesentlichen in der Behinderung der Ernährung durch die bisherige landesbehördliche Organisation. Wir stehen im dritten Kriegsjahr unzweifelhaft der Tatsache gegenüber, daß die Moral eines Teils der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande insofern gesunken ist, daß mancher glaubt, zunächst für sich sorgen zu müssen. Deshalb muß das Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen gewahrt werden. Was die Eingaben fordern, sei im wesentlichen durch die Einrichtung seines Amtes erreicht. Der Staatskommissar könne sehr viel tun, auch für die Erfassung der Lebensmittel bis in die kleinsten Gemeinden. Die Vorräte seien knapp, daher seien auch außerordentlich strenge Maßregeln erforderlich, durch die die Bevölkerung vor Not geschützt werden soll.

Herr v. Batocki meint, es müsse besonders an Getreide ganz außerordentlich gespart werden; für etwaige Fehlbeträge daran werde der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Graupen, Grütze und Sauerföhl geliefert werden. Demnach findet eine Besprechung mit den Ministerien aller Bundesstaaten zur Durchführung schärferer Maßnahmen statt.

Herr Becker (christliche Gewerkschaften) ging auf die preistreibenden Folgen der Anreizpolitik ein und betonte, daß man eine Einwirkung des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit moralischen Mitteln auf die Landwirtschaft vermesse.

Herr Hartmann (Gewerkvereine) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unterschiedliche Rationierung in den Gemeinden. Selbst bei benachbarten Gemeinden kommen Unterschiede vor, die als ungerecht empfunden würden.

Herr Cohen (Generalkommission) gab nähere Details über einige Arbeiterausstände und wies den engen Zusammenhang zwischen dem hohen Lebensmittelpreisen und den Lohnforderungen der Arbeiter nach. Der illegale Handel sei doch ganz bedeutend, denn die Fabriken stellen ihren Arbeitern große Kosten von Kraftnahrungsmitteln zur Verfügung, allerdings zu Preisen, für die selbst die gegenwärtig hohen Löhne noch nicht ausreichen.

Herr Legien wies auf die große Bedeutung der Ernährungsfrage für die Durchführung des Hilfsdienstes hin und rügte scharf die unzureichenden Löhne, mit denen viele Unternehmer ihre Arbeiter abspießen. Das Kriegsamt möge auf diese Dinge ein schärferes Auge haben, damit es nicht zur Ansammlung von gefährlichen Stimmungen komme. Leider habe das Kriegsamt den für den Hilfsdienst reklamierten Heeresangehörigen die Vorteile der Ausschüsse entzogen. Im weiteren ging der Redner auf das notwendige Zusammenarbeiten zwischen Kriegsernährungsamt und Kriegsamt näher ein. Die Gewerkschaften dächten nicht daran, für jede Gemeinde neue militärische Behörden zu fordern, sondern es genüge, den Verwaltungsbehörden militärische Exekutive zur Seite zu stellen, die auf Erfordern Requisitionen und Enteignungen vornehmen.

Herr Umbreit akzeptierte die Zusagen des Chefs des Kriegsamts und des preussischen Staatskommissars, möchte aber erst deren Erfolge abwarten, ehe er die Forderungen der Gewerkschaftseingaben als erfüllt erachten könne. Die Darlegungen des Herrn v. Batocki seien wenig hoffnungsvoll, und wenn weitere Einschränkungen der Rationen unvermeidlich seien, dann müsse um so mehr eine strenge Durchführung gleicher Rationierung für Stadt und Land gefordert werden. Die Anreizpolitik wird besonders von den landwirtschaftlichen Vertretern verlangt. Ein Kartoffelpreis von 8 Mk. pro Zentner, wie ihn Herr v. Kardorff im Landtage forderte, gehe nicht nur weit über die Produktionskosten hinaus, sondern ist als ungeheuerlich zu bezeichnen.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäusen erklärt namens des preussischen Landwirtschaftsministeriums, er sei erfreut, einmal Aug' in Aug' den Angriffen

auf das von ihm vertretene Ressort entgegenzutreten zu können. Der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Widerstände in der Ernährungsfrage, als der er betrachtet werde, sondern er wolle mit der Hebung der Erzeugung vor allem den Verbrauchern dienen. Von dem Wirken des Landwirtschaftsministeriums komme nur das Wenigste in die Öffentlichkeit, aber man dürfe versichert sein, daß das Zusammenarbeiten mit dem Kriegsernährungsamt keine Hemmnissen aufzuweisen habe. Gegenwärtig habe der Landwirtschaftsminister auf die Ernährungsfrage überhaupt nur geringen Einfluß, und einen Teil seiner Befugnisse an das neue Staatskommissariat für Ernährungswesen abgegeben.

General Gröner geht auf die Beschwerden des Herrn Legien näher ein und sagt eine Hilfe des Kriegsamts in der befriedigenden Regelung der Lohnfrage zu. Grundsätzlich der Ernährung sei damit zu rechnen, daß große Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden. Um so mehr komme es darauf an, die volle Nervenkraft zu bewahren, damit Deutschland siegreich bleibe.

Herr Stegerwald (Kriegsernährungsamt) verbreitete sich über die Ausichten der Lebensmittelversorgung in der nächsten Zeit und über die Notwendigkeit scharfer Eingriffe zur Erfassung der Vorräte.

Da Herr v. Falkenhäusen inzwischen die Konferenz wegen anderweitiger dringender Geschäfte verlassen hatte, stellte Herr Umbreit fest, daß er und seine Gewerkschaftsfreunde dem Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums gern erwidern hätten, und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die Auseinandersetzungen hier unterblieben und an anderer Stelle ausgetragen würden.

Herr v. Batocki faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, einheitlich zusammenarbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer schärferen Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterschaft sicherzustellen. Es dürfe aber nicht verhehlt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Ernährungsfrage.

Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände nahm in ihren Sitzungen vom 20. und 21. März d. J. Stellung zur Frage der Kriegsernährung sowie insbesondere zu den Auforderungen des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Eingaben der Gewerkschaften an das Kriegsernährungsamt und an den Reichskanzler und zu den geplanten Neuregelungen der Preise und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel. Es wurde folgende Resolution angenommen, die den leitenden Stellen der Volksernährung übermittelt werden soll.

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preussischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung befehlen, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministeriums zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche.“

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reich wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung bringen verlangen.“

Die Schraube ohne Ende.

Zimmer noch fordern landwirtschaftliche Kreise die Erhöhung der Preise für ihre Produkte, obwohl diese schon hundert und mehr Prozent über den Friedenspreisen stehen. Sie begründen es immer mit dem Hinweis auf ein anderes Produkt. Ohne Preiserhöhung drohe das billigere Erzeugnis zu verschwinden, verfüllert oder nicht mehr angebaut zu werden. Daß das aber eine Schraube ohne Ende ist, sei nur an einigen Beispielen gezeigt. Jetzt wird wieder eine wesentliche Erhöhung des Zuckerrübenpreises gefordert. 2 bis 3 Mk. seien nicht zu hoch, angesichts der Tatsache, daß die Kartoffel, die von der Zuckerrübe an Nährwert fast erreicht wird, mit 4 Mk. und höher bezahlt wird. Wird der Zuckerrübenpreis erhöht, dann argumentiert man wieder umgekehrt: Es sei rentabler, Zuckerrüben angebauen, oder aber es müßte der Preis für Kartoffeln erhöht werden usw. im selben Kreislauf. — Erst verlangt man höhere Kartoffelpreise, damit sie nicht als Futter verwandt, sondern die Landwirte „angereizt“

werden, die Kartoffeln zu verkaufen. Dann werden höhere Schweinepreise verlangt, weil man die „teueren Kartoffeln“ als Futter verwenden muß usw. — Erst werden die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben, wodurch die Nach- und Bodenpreise steigen, dann dürfen Lebensmittelpreise nicht heruntergehen, weil sonst die Pächter und Besitzer Schaden haben usw. — Erst fordert man hohe Obstpreise, weil Obst als nahrhafter Ersatz zum trockenen Brot gegessen werden kann, dann fordert man hohe Marmeladenpreise, weil doch das Obst so teuer ist usw. — Man fordert hohe Viehpreise, weil die Futtermittelpreise hoch sind. Dann verlangt man hohe Milchpreise, weil das Vieh so teuer ist. Dann wieder muß man hohe Butter- und Käsepreise haben, weil die Milch so wertvoll ist und so geht es weiter. Kann man nicht einsehen, daß bei dieser Preispolitik ein Teil den anderen treibt? Weshalb kann man nicht umgekehrt verfahren, indem man statt Preisaufschläge Preisabschläge eintreten läßt; dann könnten die Produzenten nicht mehr auf die teureren Produkte verweisen. Der Anfang ist ja bereits vom Kriegsernährungsamt gemacht worden. Der Kriegsausschuß für Konjumenteninteressen fordert aber mit Recht weitere Preisherabsetzungen. Es können aber auch andere Mittel angewandt werden, um die Landwirte zu bewegen, Produkte anzupflanzen, die etwas weniger hohen Gewinn einbringen. Vorschläge wurden schon viel gemacht, man muß, wie es Hindenburg soeben mit Recht verlangt, nur fest zugehen und etwas mehr Rücksicht auf die minderbemittelten Konjumenten nehmen!

Bericht der 27. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausüstungsgewerbe.

Die Sitzung am 22. März wurde vom Herrn Fabrikanten Reinhardt geleitet. Es wurde verhandelt:

1. Gegen die Firma Feibisch, Am Treptower Park, war Beschwerde erhoben, weil zwei Hilfsarbeiter statt 48 Pf. nur 40 bzw. 45 Pf. Stundenlohn bekamen und ebenso eine Hilfsarbeiterin statt 26,4 Pf. nur 24 Pf.

In dieser Sache legte Herr Reinhardt ein von der Firma Feibisch eingekommenes Schreiben vor, laut dessen die Firma den Differenzbetrag für die letzten sechs Monate auf Grund der Klageaufstellung bereits nachgezahlt hat. Der Fall ist damit erledigt.

2. Bei der Firma Becker, Mariusstraße, müssen die Maschinennäher die vier unteren Ecken beim Sattelfleßen für den Armeestapel gleich mit zunähen, während dies früher vom Handarbeiter gemacht wurde. Für diese Mehrarbeit beanspruchten die Maschinennäher pro Ede 1 1/4 Pf. = 5 Pf. für das Riffen. Der Anspruch wird von der Schlichtungskommission als berechtigt anerkannt und demgemäß beschlossen.

3. Bei der Firma Stanienda, Chausseestraße, werden Kreuzleinen für Vierspanner mit Lederhandschick gefertigt, die im Tarif nicht enthalten sind. Die Schlichtungskommission setzt in Anlehnung an die Position 183 des Tarifs und 6 des 10. Nachtrages folgenden Stückpreis als Vorbehaltspreis fest: für weitere vier Aufeinanderstellungen à 15 Pf. = 60 Pf., für das Aufputzen der Handstücke 25 Pf., so daß der Gesamtpreis der Leine ohne Knoten 2,43 Mk. beträgt. Sollten bei einzelnen Firmen noch mehr Teile übereinander gefetzt werden müssen, so ist für jede Nebereinandersetzung extra 15 Pf. zu zahlen.

4. Von der gleichen Firma liegt die Meldefartentafel für Infanterie (Position 6 des 7. Nachtrages) vor, bei welcher fünf Einschnitte an Stelle der Handnaht mit Maschine genäht sind. Die Firma bringt den Handarbeitern pro Naht 9 Pf. = 45 Pf. für die Tafel für die wegfallenden Nähte in Abzug. Diesen Abzug erklärt die Schlichtungskommission als angemessen.

5. Bei der Firma Wiedermann, Am Nordhafen 6, werden Telefonbeutel aus Segeltuch mit vier Lederenden gefertigt. Ein Tarifpreis besteht für diese Arbeit nicht. Es erfolgt eine Verständigung auf folgender Grundlage: Maschinennaht 20 Pf.; für das Aufnähen der vier Ecken (Handnaht) à Ede 15 Pf. = 60 Pf. für den Beutel.

6. Bei der gleichen Firma werden Tragegurte für Gesichtsbörbe angefertigt, die an beiden Enden einen Lederbefestigten mit Maschine aufgenäht erhalten. Nachdem festgestellt wurde, daß für die gleiche Arbeit bei der Firma Becker u. Co. bereits 3 1/2 Pf. pro Gurt bezahlt wurde, wird dieser Stückpreis als angemessen festgelegt.

Sämtliche Stückpreise gelten vom heutigen Tage ab bzw., wo unter Vorbehalt gearbeitet wurde, vom dem Tage ab, an dem Vorbehalt angemeldet wurde. Zu den Stückpreisen ist ferner der Kriegszuschlag und die Teuerungszulage laut Tarif zu zahlen.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausüstungsgewerbe Elberfeld-Barmen.

Die Sitzung am 6. März unter Leitung des Fabrikanten Herrn v. Dorp beschäftigte sich mit folgenden Fällen:

1. Die Firma Mühlendorf u. Co., Barmen, bezahlt zwei Hilfsarbeitern nicht den tariflichen Lohn. Der Vertreter der Firma führt aus, es handele sich um zwei Arbeiter, die infolge Invalidität minderleistungsfähig sind. Ein Arbeiter sei Kriegsinvalid, könne daher die ihm übertragenen Arbeiten nicht immer ausführen; der andere Arbeiter hätte ein älteres Leiden. Die Firma beruft sich auf § 3 Abs. 1 des Reichstarfs, wonach bei solchen Arbeitern der Lohn der freien Vereinbarung unterliege.

Der Verbandsvertreter hält dem entgegen, daß die Arbeitsverminderung bei den in Betracht kommenden Arbeitern nicht derartig sei, daß ein niedriger Lohn im Tarif vorgegeben, zu rechtfertigen wäre; Löhne von 47 und 49 Pf. die Stunde, die den Arbeitern bezahlt werden, entsprechen den heutigen Verhältnissen unter keinen Umständen, besonders nicht für Arbeiter, die noch drei Kinder im schulpflichtigen Alter zu ernähren haben.

Den Kriegsbeschädigten, die doch ihre Gesundheit zum Schutze des Vaterlandes hergegeben, solle man nicht fühlen lassen, daß sie minderwertige Arbeitskräfte seien. Es ist Pflicht, diese Leute zu achten und ihnen das Leben so leicht als möglich zu gestalten.

Der Vertreter der Firma stimmt den Ausführungen bezüglich der Kriegsbeschädigten zu. Für ihn käme aber der Rechtsstandpunkt in Betracht und da habe er sich nach dem Reichstarif zu richten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt es zu folgender Einigung: Die Firma zahlt jedem Arbeiter den tariflichen Lohn mit einvierteljährlicher Rückwirkung.

2. Die Firma Harke u. Co., Barmen, hat Patronentaschen M. 95 in Auftrag. Bei der Tasche wird das Schanur mit der Maschine genäht und bezahlt die Firma für die übrige Arbeit ausschließlich 60 Pf.

Den Arbeitern ist der Preis zu niedrig und fertigen sie die Tasche unter Vorbehalt an.

Auf Vorschlag der Verbandsleitung war die Firma mit der Festsetzung des Preises durch die Schlichtungskommission einverstanden.

Der Vertreter der Firma ist der Meinung, daß die Arbeit an der Tasche für 60 Pf. ausgeführt werden könne, da die Arbeit etwas anders sei als an der alten Tasche M. 95.

Demgegenüber erklärt der Verbandsvertreter, daß die Tasche schon früher im Preise besser gestanden habe. Wohl sei dabei das Schanur mit der Hand genäht; wenn jedoch die Tasche mit im Tarif aufgenommen, so wäre ein höherer Preis als früher festgelegt worden.

Die Arbeiter fordern 70 Pf. für die Tasche. Die Schlichtungskommission hält den Preis von 65 Pf. für angemessen. Der zu wenig bezahlte Betrag ist nachzuschaffen.

Für den Ring an der Marinepatronentafel zahlt die Firma nur 3 Pf. Tarifpreis ist 4 Pf. Die Firma erkennt den Preis an.

3. Von der Firma Friedr. Wilh. Schiemenz, Elberfeld, fordert ein Arbeiter 64,14 Mk. Es sind darunter ein Betrag von 28 Mk., eine von der Firma im Dezember anerkannte Forderung und Nachzahlung der Teuerungszulage ab 1. Januar 1917 in Höhe von 36,14 Mk.

Die Firma glaubt den Betrag als Sühne auf eine von ihr eingehaltene Summe wegen einer angeblichen Beleidigung anrechnen zu können.

Die Schlichtungskommission stellt sich auf den Standpunkt, daß der tarifliche Lohn ohne weiteres bezahlt werden muß. Wenn Kläger die Firma beleidigt habe, so müsse diese Klage am ordentlichen Gericht erheben. Die Schlichtungskommission erkennt die Nachforderung des Klägers als zu Recht bestehend an, die Nachzahlung müsse erfolgen.

Der Vertreter der Firma erkennt die Entscheidung der Schlichtungskommission an.

4. Die Firma Friedr. Kirchner, G. m. b. H., Kemscheid, hat für mehrere Artikel und die Zeitlöhne für Handnäherinnen nicht nach dem Lohnzügen des Reichstarfs bezahlt.

17 Arbeiter und 33 Arbeiterinnen erheben daher eine Nachforderung in Höhe von 4006,91 Mk. und beantragen Festsetzung der Zeitpreise für die Werkzeugsätze für Maschinengewehr.

Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen dem Vertreter der Firma und dem Vertreter des Verbandes kommt es zur Einigung, nachdem die Schlichtungskommission entschieden, daß der von der Firma bezahlte Preis für Halstern aus Schlauchgurt angemessen sei und für Säbelfalter statt 65 Pf. 66 Pf. zu zahlen sind.

Die Firma bezahlt als Nachzahlung eine Pauschalsumme von 3500 Mk. Die Nachzahlung gilt bis

zum Lohnzuge der vorhergehenden Woche. Die Auszahlung der Nachzahlung erfolgt durch den Verband der Sattler und Portefeuller.

Für die Werkzeugsätze für Maschinengewehr ist der Grundpreis von der Zentraltarifkommission festgesetzt.

Bei der Firma wird die Zinneneinrichtung mit der Maschine genäht.

Für die Handnaht werden folgende Zeitpreise festgesetzt:

2 Strippen	0,10 Mk.	+ 20 %	= 0,12 Mk.
2 Schnalstappen	0,15 "	+ 20 %	= 0,18 "
2 Defel amähen	0,25 "	+ 20 %	= 0,30 "
4 Ecken amähen	0,30 "	+ 20 %	= 0,36 "
2 Tragschlaufen amähen	0,20 "	+ 20 %	= 0,24 "
1 Doppeltippe amähen	0,05 "	+ 20 %	= 0,06 "
1 Handnaht an der langen Hülse	0,15 "	+ 20 %	= 0,18 "

Grundpreis 1,20 Mk. + 20 % = 1,44 Mk.

5. Unter Vorsitz des Gewerbeichters Herrn Lüttringhaus, als Unparteiischen, werden folgende Sachen verhandelt:

Vom Verband der Sattler und Portefeuller ist infolge einer Entscheidung der Schlichtungskommission vom 5. Dezember 1916 in Sachen gegen die Sattlergenossenschaft m. b. H. in Elberfeld betr. Preise für Instandsetzungsarbeiten Berufung an die Zentraltarifkommission eingelegt worden. Die Berufung wurde zurückgewiesen, weil die zweite Instanz im Schlichtungsverfahren übergegangen wurde.

Es wird daher in der gleichen Sache heute in zweiter Instanz verhandelt. Eine gleiche Angelegenheit gegen die Firma Herfeld u. Metzberg, Elberfeld, wurde in die Verhandlung mit einbezogen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Firma beklagen sich, daß sie nicht nach Tarif bezahlt werden und daß auch die Firma die Teuerungszulage verweigert. Auch hier handelt es sich um Instandsetzungsarbeiten.

Die Entscheidung der Schlichtungskommission ist die gleiche wie in der ersten Instanz.

Der Vertreter des Verbandes erklärt, daß er gegen diese Entscheidung Berufung bei der Zentraltarifkommission einlegen wird.

Aus dem Kriegsausschuß für Groß-Berlin.

Die Heeresausüstungsfirma Reinhardt ist eine derjenigen Unternehmungen, die von unserer Branche den Kriegsausschuß am meisten beschäftigten. Hauptächlich handelt es sich um Aufträge wegen Erteilung von Kriegsscheinen. Gewiß trägt an den Ursachen nicht immer die Firma die Schuld, sondern sie sind aus Umständen hervorgegangen, wie sie in der letzten Nummer unserer Zeitung besprochen wurden. Durch die Spezialisierung der Sattlerarbeit tritt der Mangel ein, daß, sobald bei einer Firma die Spezialarbeit, auf die ein Sattler eingearbeitet ist, nicht mehr hergestellt wird, der betreffende Sattler auf andere Arbeiten ganz unzureichend verdient. Um diesem Mangel abzuwehren, ist dem Sattler S. ein Kriegsschein erteilt. Dem Sattler S. gleichfalls, wenn er nachweist, daß er auf seine Spezialarbeit in einem anderen Betriebe beschäftigt werden kann. Dem Sattler L. soll eine Entschädigung gezahlt werden für das Warten auf Arbeit. Falls das nicht geschieht, wird ihm gleichfalls der Abfchreiben zugesprochen, und der kriegsbeschädigte Sattler E. soll ein Attest beibringen, daß er infolge seiner Verwundung die Arbeit nicht machen kann, dann wird ihm gleichfalls der Kriegsschein ausgehändigt. Der Sattler M. kann die Arbeit, die er zu machen hat, nicht auszuführen, da er bei seiner Arbeit stehen muß, was ihm infolge eines Fußleidens schwer fällt. Es wird der Firma aufgegeben, dem Sattler passende Arbeit zu geben oder den Abfchreiben auszustellen.

Nun sind wir der Meinung, wenn der Kriegsausschuß auf Grund der ihm vorgebrachten Tatsachen den Abfchreiben erteilt oder wenn eine Einigung erzielt worden ist, die Parteien sich auch daran zu halten haben. Anders die Firma Reinhardt. Wir berichten hier nach dem „Vorwärts“:

Der Kriegsausschuß hatte sich wieder einmal mit einem leider nicht selten vorkommenden Fall zu beschäftigen, in dem ein Unternehmer Mißbrauch getrieben hat mit seiner Aufgabe, einen nicht mehr bei ihm beschäftigten Reklamierten bei der Militärbehörde abzumelden. Es handelt sich um die Firma H., die vor einigen Wochen wegen einer Beschwerde eines bei ihr beschäftigten Arbeiters vor dem Kriegsausschuß erschien. Dem Kriegsausschuß gelang es bei der damaligen Verhandlung, einen Ausgleich herbeizuführen. Die Sache war damit als erledigt betrachtet worden. Leider war dies nicht der Fall, den bald darauf erschien der Arbeiter wieder und forderte nochmals den Abfchreiben, da die damals getroffene Vereinbarung von der Firma nicht eingehalten wurde. Die Firma hatte es bei dem zweiten

Termin vorgezogen, nicht zu erscheinen. Infolgedessen wurde, wie dies in solchem Fall stets geschieht, auf Grund der Aussage des Arbeiters diesem der Mißbräuchlichkeit erweist. Trotzdem hier das Recht des Arbeiters, aufzuhören, feststand — denn das Nichterscheinen der Firma muß als Eingeständnis ihrer Schuld betrachtet werden —, hat die Firma anstatt den Mann einfach als nicht mehr bei ihr beschäftigt der Militärbehörde zu melden, folgendes Schreiben an das stellvertretende Generalkommando geschickt:

„Hierdurch teile dem stellw. Generalkommando höflich mit, daß der unged. Landst. R., geb. . . ., wohnhaft . . ., heute seine Arbeit in meinem Betriebe ohne Grund niedergelegt hat.

Die unterm 15. Januar d. J. eingereichte Reklamation ist hierdurch hinfällig und ersuche ich das Generalkommando, den pp. R. sofort zum Waffendienst einzustellen.

R. gehört zum Bezirkskommando II.“

Wir bringen dieses Schreiben, das durchaus nicht eine seltene Ausnahme darstellt, sondern im Gegenteil leider in ähnlicher Form des öfteren von anderen Firmen an die Militärbehörde geschickt wird, in seinem Wortlaut, um ein solches Vorgehen gehörig zu brandmarken. Der Kriegsausschuß stellte zunächst fest, daß die Angabe, wonach der Arbeiter ohne Grund die Arbeit niedergelegt hat, unzutreffend ist, daß im Gegenteil ein durchaus triftiger Grund zur Niederlegung der Arbeit für den Arbeiter vorlag. Des weiteren konstatierte der Kriegsausschuß einmütig, daß das Schreiben einen Unrißbrief darstellt, mit dem die Firma sich an dem Mann rächen wollte. Leider sind in letzter Zeit mehrfach solche Fälle im Kriegsausschuß festzustellen, so daß es als höchste Zeit erscheint, daß die Militärbehörde auf diesem Gebiete eine Milderung eintreten läßt, die einen derartigen Mißbrauch unmöglich macht.

Arbeitszeitentschädigung wegen ungenügender Heizung. Zu dem Bericht aus dem Berliner Kriegsausschuß in unserer letzten Nummer bittet uns die Firma S t a n i e n d a zu berichten, daß sie nicht verurteilt sei, sondern sie habe während der Verhandlungen auf Vorschlag des Vorsitzenden den Arbeitern die Vergütung für einen halben Tag Lohnausfall angeboten, was von ihnen erst abgelehnt wurde. Nachdem ihnen der Kriegsausschuß vom Kriegsausschuß nicht zugesprochen wurde, haben die Arbeitnehmer sich zur Annahme des Vorschlages bereit erklärt, worauf ihnen der halbe Tag vergütet worden ist.

Die nächste Sitzung des Zentraltarifamtes für das Lederausüstungsgewerbe

findet Montag, den 16. April, statt. Um eine sachungsgemäße Behandlung der aufzustellenden Tagesordnung zu ermöglichen, sind schriftliche Anträge hierzu bis zum 6. April zu stellen. Die Arbeitgeber reichen ihre Anträge an die Geschäftsstelle der Vereinigung Deutscher Heeresfabrikanten, Berlin SW. 48, Zimmerstraße 3/4, ein; die Arbeitnehmer durch die Ortsverwaltung oder Gauleitung an den Kollegen Alfred Niebel, Berlin SO. 16, Bräudenstr. 10b III.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 21. März im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Generalversammlung bezeichnete Kollege Weher den Kassenbericht des letzten Vierteljahres als befriedigend, wenn auch die Beitragsleistung auf den Kopf der Mitglieder berechnet, sich verringert hat. Das liegt aber an die Massenaufnahmen infolge der im Dezember eingeführten Feuerungszulage, wodurch die Durchschnittsleistung ungünstig beeinflusst wird. Für die Hauptkasse wurden 15 784,15 Mk. vereinnahmt, wovon 9147 Mk. allein an die Familien unserer Kriegsteilnehmer verausgabt wurden. Dazu kommen noch 9268 Mk. zu gleichem Zweck aus der Lokalkasse, die 10 848,17 Mk. vereinnahmte. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß lebende Urlauber, die sich auf dem Bureau persönlich melden, eine einmalige Unterstützung von 10 Mk. aus lokalen Mitteln erhalten. Am 1. Oktober betrug der Mitgliederstand 2542, darunter 438 weibliche, am 31. Dezember 2531, darunter 515 weibliche. Zu dem ebenfalls gedruckt vorliegenden Jahresbericht machte Kollege Hauptmann einige Bemerkungen über den Beschäftigungsgrad, wobei er ausführte, daß der Beschäftigungsgrad günstig war. Die 12 Branchen sind bis auf die Lederwaren- und Lederausüstungsindustrie zusammengeschmolzen. Vier Fünftel aller Mitglieder arbeiten für den Kriegsbedarf. In der Treibriemen-, Einoleum-, Zelt- und Planbranche sind die Tarife abgelauten. Eine nennenswerte Arbeiterzahl kommt hier nicht in Betracht. In der Lederwarenbranche wurde im Vorjahr der Tarif, nach Bewilligung einer Feuerungszulage, auf ein Jahr verlängert, der nun aber auf Beschluß einer Vertrauensmännerversammlung gekündigt werden soll. Für den Militärattlertarif ist der 30. September 1917 der Kündigungsstermin. Es wird gut sein,

wenn die Kollegen sich recht bald dazu Stellung nimmt. Kollege Weher hält den Stand der Organisation für durchaus befriedigend, was schon aus der Durchschnittsbeitragsleistung zu ersehen ist. Während im Jahre 1915 auf jedes Mitglied 35,56 Mark entfallen, waren es 1916 38,58 Mk. Im Jahre 1915 wurden pro Mitglied 44 3/4 Marken, im Jahre 1916 45 1/2 Marken verbraucht. Dies gute Ergebnis ist in erster Linie dem Pflichtbewußtsein der Vertrauensleute zu danken. Auch der Mitgliederstand ist befriedigend. Wenn auch im Laufe des Jahres ein Mitglied von 3230 zu verzeichnen ist, so ist zu beachten, daß 841 Kollegen zum Militärdienst eingezogen wurden. Aus dem gedruckten Jahresbericht noch einige interessante Zahlen. Für die Hauptkasse wurden insgesamt 80 231,75 Mk. vereinnahmt. Davon 22 149,25 Mk. an Unterstützungen verausgabt und 43 854,04 Mk. an die Zentrale abgeführt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 28 121,75 Mk. und eine Ausgabe von 18 170,95 Mk., darunter 16 852,95 Mk. für Unterstützungen. Das Vermögen ist von 105 563,29 Mk. auf 115 514,09 Mk. angewachsen. Die örtliche Verwaltung hatte einschließlich des Kassenbestandes von 3902,14 Mk. eine Einnahme von 11 568,42 Mk. und eine Ausgabe von 8244,81 Mk., so daß 3223,61 Mk. Bestand verblieb. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützungen haben sich gegen das Vorjahr verdoppelt, und zwar für Arbeitslose von 6144,25 Mk. auf 12 152,75 Mk., für Kranke von 3619,50 Mk. auf 6361,50 Mk. Die Mitglieder verteilen sich auf folgende Branchen:

B r a n c h e	Mitglieder-	Mit-
	bestand	glieder-
	am	bestand
	1. Januar	am
	1916	31. Dezbr.
	1916	1916
Geschirrbbranche	274	199
Treibriemenbranche	90	60
Reiseartikelbranche *	867	735
* Die vorstehende Branche im einzelnen aufgeführt:		
Galanteriebranche	172	135
Taschenbranche	202	165
Kofferbranche	123	99
Portefeuller	370	336
Militärbranche	1774	1350
Einoleumleger und Teppich-		
näher	20	11
Wagen- u. Flugzeugbranche	205	176
Summa	3230	2531

841 Mitglieder wurden im Laufe des Jahres zum Militär eingezogen, seit Kriegsbeginn ist das zweite Tausend bereits überschritten. Ohne Debatte wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Revisoren wurden wiedergewählt, die Beschwerdebekommision durch Zuwahl ergänzt. Hierauf hielt Frau Dunder ein Referat über: „Glaube und Wissenschaft“, wobei ebenfalls keine Debatte beliebt wurde. Etwas reger gestaltete sich die Diskussion über drei Anträge eines Mitgliedes, in welchen den Gewerkschaftsleitungen und der Generalkommission die Mißbilligung ausgesprochen wurde wegen ihrer Haltung zum Zivildienstgesetz, Hergabe von Geldern zu Kriegsanleihen, Zusammenarbeitens mit der christlichen und S.-D. Gewerkschaften, und besonders unserem Verbandsorgan, dessen Inhalt eher einem Unternehmerblatt als einem Arbeiterorgan entspricht. Nachdem zwei Redner für die Anträge und einer dagegen gesprochen hatte, wurden sie gegen wenige Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Bln. Wir möchten an dieser Stelle auf die Adresse unseres jetzigen Bevollmächtigten Fritz R e s t e r, B l n, S i o n s t a l 2, hinweisen und bitten, alle Zuschriften für die Ortsverwaltungen an ihn zu senden. Der Kollege Anton K ö r i g ist weder Bevollmächtigter noch Mitglied der Ortsverwaltung, trotzdem er sich die Befugnisse eines solchen Amtes, in der Hauptsache Arbeitgebern gegenüber, anmaßt.

Soziales.

Das Heim und die Auskunftsstelle des Bundes für Mutterfiskus befinden sich in W i l m e r s d o r f, Uhländstr. 143. Das Heim gewährt Schwangeren und Wöchnerinnen freundliche Aufnahme. In der Auskunftsstelle erhalten Mütter und werdende Mütter in allen für sie wichtigen Fragen Rat und Hilfe. Die Sprechstunden sind täglich von 10 bis 1 Uhr, außerdem Dienstags und Freitags von 7 bis 9 Uhr abends.

Rundschau.

Zusammenlegung der Schuhfabrikation. Unter dem Druck kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten wird in der Schuhfabrikation zum erstenmal der interessante Versuch gemacht, die Fabrikation auf ver-

hältnismäßig wenige Betriebe zu beschränken, die anderen Unternehmen aus den erzielten Gewinnen zu entschädigen und überhaupt die Ware auf gemeinschaftliche Rechnung herzustellen. Gegenwärtig sind in Deutschland 1400 bis 1500 Schuhfabriken in Betrieb. Davon sollen nur 200 Betriebe den Bedarf der Zivildienstleistung decken. Ferner werden eine begrenzte Zahl von Betrieben für die Militärverwaltung arbeiten. Alle anderen, besonders die wenig leistungsfähigen Fabriken werden stillgelegt. Zur Lösung der nicht kleinen Aufgabe ist eine Kommission von 32 Schuhfabrikanten berufen. Die fertigen Schuhe kommen an eine gemeinsame Verteilungsstelle, die sie nach einem Aufschlag von 6 Proz. auf den Herstellerpreis weitergibt. Außerdem werden 5 Proz. als Beifugung zur Entschädigung der stillgelegten Betriebe für ihre Verpflichtungen aus Mietverträgen, Hypothekenzinsen usw. erhoben werden. Von dem Gewinne werden 10 Proz. einem Ausgleichsfonds zugewiesen. Der Rest wird im Verhältnis des buchmäßig von allen Fabriken nachzuweisenden Umsatzes in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 verteilt. Daraus folgt, daß nur Betriebe mit geordneter Buchführung berücksichtigt werden. Damit die stillgelegten Betriebe ihre Kunden nicht verlieren, werden besondere Zwischenorganisationen mit dem Recht des ausschließlichen Abhanges an den Kleinhandel geschaffen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Ortsverwaltungen!

Das Abrechnungsmaterial für das 1. Vierteljahr 1917 und die gelbe Karte für Arbeitslosenaufnahme sind in den letzten Tagen an die Adressen der örtlichen Kassierer abgegangen.

Die Abrechnung und die Gelder sind spätestens bis zum 15. April, die gelbe Karte bis zum 8. April einzusenden.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges ist gefallen unser Mitglied Friedrich F i d e l a t, Dresden, 20 Jahre alt.

Leipzig. Am 16. März verstarb im Alter von 42 Jahren infolge eines Kehlkopfleidens unser Mitglied Max H ö n e m a n n. Ehre ihrem Andenken!

Tüchtiger Sattler

auf Handkoffer und Handtaschen eingearbeitet,

als

Vorarbeiter

gesucht.

Alfred Stütz, Kofferfabrik, Mainz.

Tüchtige Sattler

für Militärarbeit gesucht.

Friedr. Schrader, Hannover, Herschelstr. 6 I.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

Fort mit der alten Sattlerahle!
Fort mit den zersprungenen Hesten!
Fort mit Aerger und Zeitverlust!

Lassen Sie sich eine Probe-Mhle für 1,40 Mk. schicken von **Karl Schiller, Stuttgart,** Luisenplatz 6 III, Dillheim.

Ausgewählte Lieferungen für das Heer werden in der Zeitschrift **Deutschlands Kriegs-Bedarf** Leipzig, Inselfstraße 4 veröffentlicht. Neueste Nummer 1 Mk.